Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Anzuge- 55 Pfg. Alle Postanstalten nehmen und Geschäftsstellen Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 211. 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Donnerstag 10. September 1925

Luftfreiheit für Deutschland!

Kurz vor Beginn der Sommerferien hat der Reichstag das Gesetz verabschiedet, das den Luftverkehr mit Österreich und den skandinavischen Ländern regelt. Das ist damals, in der Sturmzeit der Steuergesetze und der Zollvorlagen, wenig beachtet worden, trotzdem ihm eine nicht unwesentliche Bedeutung zukam. Sie wird jetzt nachträglich noch einmal unterstrichen durch die Tagung der sogenannten „Europa-Union" der Luftverkehrsgesellschaften in Dresden. An ihr nahmen neben acht deutschen sieben ausländische Gesellschaften teil, die sich zu einer Betriebsgesellschaft zusammengeschlossen haben. An der Sitzung nahmen auch teil Sven Hedin und Frithjof Nansen. Besonders die Anwesenheit des letzteren verdient besondere Aufmerksamkeit. Hatte dieser vielbeschäftigte Mann sich doch die Zeit genommen, seine Reise zum Völkerbunde zu unterbrechen, um einen Tag in Dresden bleiben zu können. Die Genfer hatten deshalb das Schauspiel, daß erstmalig ein Delegierter des Völkerbundes zu den dortigen Verhandlungen mit dem Flugzeuge eintraf. So wurde eine gewisse Verbindung zwischen dem politischen Bunde der Völker und einem im Entstehen begriffenen wirtschaftlichen Bunde geschaffen. So besteht die Möglichkeit, daß in Dresden gefallene Äußerungen auch einmal in Genf ihre Würdigung finden.

In Dresden unterhielt man sich natürlich über den aussichtsreichsten Weg, das Flugzeug noch mehr als bisher dem Verkehr dienstbar zu machen. Dies kann aber nur geschehen, wenn die Luftschiffahrt in keinem Lande einer Beschränkung unterliegt. Da war es kein Wunder, wenn die Deutschland auferlegten Beschränkungen im Luftverkehr im Vordergrunde der Erörterungen standen. Es wurde namentlich von neutraler Seite die Ansicht ausgesprochen, daß es unmöglich ist, Deutschland, das Herz Europas, länger aus dem Luftverkehr auszuschalten. In Dresden handelte es sich in erster Linie um den Flugzeugverkehr. Es liegt auf der Hand, daß die gleichen Voraussetzungen auch für den Luftschiffsverkehr gelten. Bei diesem gehen die uns auferlegten Beschränkungen noch viel weiter als bei den Flugzeugen. Hier will man uns sogar die Grundlage nehmen, die gleichzeitig die Mutter der Erfahrungen auf diesem Gebiete ist, die große Halle in Friedrichshafen. Vielleicht nimmt Nansen infolge der in Dresden gewonnenen Eindrücke Gelegenheit, jetzt oder später im Völkerbunde seine einflußreiche Stimme zu erheben, um auf das Widersinnige der Haltung der Westmächte in der Frage der Luftschiffahrt Deutschland gegenüber aufmerksam zu machen.

In der Tatsache, daß man gerade Dresden für die erste Generalversammlung auswählte, wird der Welt die Bedeutung gezeigt, die Deutschland im Luftverkehr zukommt. Dieser Verkehr kann seine Aufgabe nur erfüllen, wenn er sich stets die neuesten Errungenschaften der Technik nutzbar macht. Das ist aber unmöglich, solange Deutschland auf diesem Gebiete noch Fesseln trägt. Diese Tagung zeigte aber auch, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse stärker sind als die politischen. Politisch soll Deutschland nach wie vor nach dem Willen seiner ehemaligen Gegner ausgeschaltet bleiben. Nur zögernd zieht man es zu den Verhandlungen als gleichberechtigten Faktor hinzu, wie es erst jetzt wieder die Paktverhandlungen zeigen. Die Europa-Union wäre nicht zustande gekommen, wenn der Zusammenschluß nicht eine Notwendigkeit gewesen wäre. Hier zeigt sich gleich beim ersten Schritt, wie Deutschland unausschaltbar ist.

Das hat man übrigens auch schon auf anderen Gebieten erfahren. In derselben Richtung bewegt sich die kürzlich zwischen der größten deutschen Filmgesellschaft und vier der tonangebendsten amerikanischen Filmfirmen vollzogene Arbeits- und Interessengemeinschaft. Wir wissen, daß ähnliche Bestrebungen auch auf anderen wirtschaftlichen Gebieten bestehen. Es sei nur an die eisenerzeugende und eisenverarbeitende Industrie erinnert. Hier bestehen noch politische Bedenken, die aber schließlich einmal zurückgestellt werden müssen. Wir wollen hier keiner allgemeinen Vertrustung das Wort reden. Alle diese Vorgänge zeigen jedoch, daß die Welt wieder anfängt, wirtschaftlich zu denken. Geschieht dies erst überall, dann ist die Kriegspsychose überwunden und der Weg für den allgemeinen Wiederaufbau frei.

Genfer Einladung an Deutschland?

Genf, 8. September.

Als wichtigstes Ereignis des heutigen Tages sieht man den Besuch an, den die Minister Chamberlain, Painlevé und Briand für heute in Aix-les-Bains dem seit einigen Wochen zur Kur weilenden englischen Ministerpräsidenten Baldwin angesagt hatten. Zwar wird dieser Besuch offiziell als ein reiner Höflichkeitsakt gegenüber dem sich in der Nähe von Genf aufhaltenden englischen Ministerpräsidenten dargestellt, aber es ist selbstverständlich, daß Baldwin sich über die Vorgänge der letzten Tage und vor allem auch über den Stand der Sicherheitsverhandlungen nach den Berichten der jetzt hier vollzählig anwesenden drei alliierten Rechtsberater unterrichten lassen wird. Von der Unterredung mit Baldwin erwartet man die Entscheidung über den Wortlaut der Einladung, die an den deutschen Außenminister Dr. Stresemann gerichtet werden soll, sowie das Datum und den Ort seines Zusammentreffens mit den alliierten Ministern.

Die Präsidentenwahl für die jetzige Völkerbundtagung ist mittlerweile vor sich gegangen. Mit 41 von 47 Stimmen wurde der französisch-englische Kandidat, der kanadische Senator Dandurand gewählt. Er schritt nach einigen Dankesworten sofort zur Verlesung der Tagesordnung. Sie enthält 22 Punkte, von denen als wichtigste die Verlesung des Tätigkeitsberichtes des Völkerbundsrates und dessen Kommissionen, die u. a. die Sanierung Österreichs und Ungarns zu überwachen haben, sowie die Neuregelung der Kostenbewilligung für den Völkerbund zu nennen sind.

Abd-el-Krims siegreiche Offensive.

Spanische Landung mißglückt.

London, 8. September.

Nach übereinstimmenden Meldungen Londoner Blätter setzt Abd-el-Krim seine Angriffe, vor allem an der spanischen Westfront, energisch fort. Der „Times"-Berichterstatter in Tanger telegraphiert seinem Blatte, daß sich in der Gegend von Tetuan weiter Dscheballatruppen sammeln. Ein großes Kontingent von ihnen ist durch die spanischen Linien in das Andjeraland eingedrungen, um insbesondere auch die Eisenbahn Ceuta—Tetuan anzugreifen. Nach den letzten Meldungen aus Tetuan erwartet man heftige Angriffe der Rifleute gegen die Stadt, die gestern während des ganzen Tages von schweren Geschützen Abd-el-Krims beschossen wurde. Die Artillerie der Rifleute steht in Höhlen, so daß sie von Fliegern nicht aufgefunden und unschädlich gemacht werden kann. Das Artilleriefeuer hat in der Stadt große Beunruhigung hervorgerufen und viele Menschenleben gefordert. In Madrid herrscht über die Offensive Abd-el-Krims große Bestürzung. Wie es heißt, sollen seine Truppen nur noch zwölf englische Meilen von Tanger und zwei englische Meilen von Tetuan entfernt stehen.

Über den mißglückten Landungsversuch der Spanier bei Alhucemas werden jetzt nähere Einzelheiten bekannt. Französische und spanische Schiffe hielten von Sonntag abend ab die Küste ständig unter Feuer und nachdem man die Riffstellungen für genügend erschüttert hielt, schritt man zur Landung. Es zeigte sich jedoch sofort, daß die Artillerie der Rifleute nicht zerstört war, auch hatte das Artilleriefeuer auf die Felsenstellungen der Rifleute wenig gewirkt. Die Verteidigung hatte die besten Abwehrmaßnahmen getroffen. Ein Torpedoboot lief auf eine Mine in der Bucht von Alhucemas und mußte schwerbeschädigt von einem Linienschiff abgeschleppt werden. Auch das spanische Schlachtschiff „Alfons XIII." hat durch das Artilleriefeuer schweren Schaden erlitten. Primo de Rivera, der sich an Bord des Schiffes befand, mußte sein Hauptquartier auf einen anderen Kreuzer verlegen. Das spanisch-französische Oberkommando gibt bekannt, daß am Dienstag nach gründlicher Artillerievorbereitung noch einmal ein Landungsversuch unternommen werden soll.

Spanische Verstärkungen und Drohungen.

Nach Meldungen aus Madrid sind 40 000 Mann spanischer Truppen nach Marokko abgerückt, um an der Offensive teilzunehmen. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um die jungen Mannschaften der letzten Jahresklasse. Spanien ist jetzt fast völlig von Truppen entblößt. In den meisten Städten befinden sich nur noch Polizeitruppen, die die Ordnung aufrechterhalten sollen.

Spanische Flugzeuge warfen im ganzen Rifgebiet Aufrufe Primo de Riveras ab, worin die Bevölkerung aufgefordert wird, Abd-el-Krim zu verlassen. Er droht den Stämmen schwerste Strafen an. Alle Leute, die gegen Spanien kämpften, würden von den Spaniern als Rebellen behandelt und erschossen werden. Sollten die Rifleute an spanischen Gefangenen Vergeltung üben, so werde er das gleiche an den gefangenen Rifleuten tun.

Briand für endgültige Lösung.

In einer Unterredung mit einem französischen Pressevertreter sagte Briand u. a.: Wir müssen eine endgültige Lösung für unsere Länder finden oder wir gehen alle zugrunde. Ich habe meinen guten Willen bewiesen, ich habe das Ruhrgebiet geräumt, ich habe Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort räumen lassen. Die Chauvinisten meines Landes haben mich dafür beschimpft. Wir sind Dr. Stresemann entgegengekommen, um ihm seine Politik zu erleichtern. Wenn er auf die Konferenz kommt, soll er wissen, daß er festen Boden unter den Füßen hat. Wir werden uns auch über die Frage der Abrüstung und der Räumung der besetzten Gebiete einigen, wenn der Sicherheitspakt abgeschlossen ist. Wenn wir auf der Konferenz auch Herrn Luther sehen, so wird das unserer Arbeit einen besonderen Impuls geben.

Die beiden Delegierten der Saararbeiter, die Genossen Schäfer und Brettar, wurden von dem französischen Außenminister Briand empfangen, um ihre Forderungen vorzutragen. Er versicherte, daß er das Saargebiet nicht vergessen werde, da eine friedliche Lösung der dortigen Schwierigkeiten ganz im Rahmen seiner augenblicklichen Friedenspolitik liege.

Dr. Gaus in Berlin.

Ministerialdirektor Dr. Gaus, der deutsche Vertreter, ist von der Londoner Juristenkonferenz nach Berlin zurückgekehrt. Man nimmt an, daß er in den nächsten Tagen mit dem Reichskanzler und dem Reichsaußenminister zusammentreffen wird. Die Genfer Gerüchte, wonach eine Einladung an Dr. Stresemann zu einer Konferenz der Außenminister bereits erfolgt sei, entsprechen nicht den Tatsachen; jedenfalls ist eine solche Einladung in Berlin noch nicht eingetroffen.

Die preußische Regierung bleibt!

Erklärungen des preußischen Ministerpräsidenten.

Bei Beratung des Haushalts des preußischen Staatsministeriums im Hauptausschuß des Preußischen Landtages gab Ministerpräsident Braun wichtige Erklärungen hinsichtlich der in letzter Zeit oft erörterten Frage der Regierungsumbildung in Preußen ab. Braun erklärte, daß nach seiner Auffassung und der der Regierung kein Bedürfnis zur Umbildung der Regierung, sondern nur das Bedürfnis nach ruhiger, stetiger Regierungsarbeit bestehe. Ihm sei über die immer wieder auftauchenden Regierungsumbildungspläne und Krisengerüchte nichts bekannt. Seine Bemühungen, die Regierung auf eine **weitere parlamentarische Basis zu stellen, würden hoffentlich in den nächsten Monaten von Erfolg begünstigt sein. Er werde sich auf keinen Fall dazu hergeben, zuzustimmen, daß dem Lande neue Regierungskrisen beschert würden.**

Auch zu anderen Fragen der preußischen Staatspolitik nahm Ministerpräsident Braun in seinen Ausführungen Stellung. So führte Ministerpräsident Braun aus, daß ganz selbstverständlich die preußische Regierung für die Bevölkerung des Saargebietes und die Beamten alles zu tun bemüht sein werde, was zu tun ihr der Versailler Vertrag erlaube. Desgleichen würde sie zusammen mit der Reichsregierung alles versuchen, zu verhindern, daß dem altbesetzten Gebiet neue Besatzungskosten auferlegt würden. Zur Frage der preußischen Gesandtschaft in München erklärte er, daß Preußen dort auch seiner Bedeutung entsprechend vertreten sein müsse. Was die Zollvorlage betreffe, so betonte der Ministerpräsident, es sei absolut falsch, eine Gegnerschaft gegenüber der Zollvorlage als landwirtschaftsfeindlich zu werten. Die Landwirtschaft brauche eine bessere Kredithilfe und gleichzeitig eine andere Organisation des Vertriebes unter Ausschaltung überflüssiger Zwischeninstanzen. Bei vollem Verständnis für die Notlage der Landwirtschaft müsse aber auch eine Berücksichtigung der übrigen Bevölkerung gefordert werden, die unter dem starken Rückgang des Reallohnes leide. Mit Polen nach Überwindung des jetzigen handelspolitischen Zerwürfnisses in Frieden zu leben, sei im beiderseitigen Interesse gelegen. Der Entwurf für eine neue preußische Disziplinargesetzgebung liege bereits vor. Er sei nur zurückgestellt worden, um die endgültige Fassung der Reichsdisziplinarordnung abzuwarten.

Weiter erklärte Braun, Preußen sei bereit, soweit die Interessen Hamburgs als deutscher Welthafen es erfordern, gegen entsprechende Kompensationen preußisches Gebiet herzugeben, Forderungen aber, die über das hinausgingen, was zur Sicherung Hamburgs als Welthafen notwendig sei, könnten nicht bewilligt werden. Es wurde darauf der Etat des Staatsministeriums fast ohne Debatte in seinen Einzelpositionen angenommen. Ferner fand ein Antrag der Deutschen Volkspartei Annahme, wonach die Vertretung Preußens in Dresden wieder hergestellt und eine Vertretung Preußens in den Hansestädten mit dem Sitz in Hamburg eingerichtet werden soll.

Hindenburgs Rückkehr nach Berlin.

Das weitere Reiseprogramm.

München, 8. September.

Reichspräsident v. Hindenburg traf, von Dietramszell kommend, heute vormittag 10 Uhr 25 Minuten im Salonzuge von Holzkirchen in München ein und setzte um 10 Uhr 50 Minuten mit dem fahrplanmäßigen Schnellzuge im Salonwagen die Rückfahrt nach Berlin fort. Auf dem Münchener-Hauptbahnhof hatten sich zur Verabschiedung eingefunden der Reichsgesandte v. Haniel, Oberregierungsrat Wallraf und der Eisenbahnpräsident Staatsrat v. Völcker. Der Reichspräsident sieht sehr gut aus und fühlt sich sehr wohl. Er hat sich über seinen Aufenthalt

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF